



DEMONSTRATION

Auftaktprotest vor dem Landeshaus

Von Thomas Gründemann

Kiel – Einen Vorgeschmack auf einen stürmischen Herbst bekam die schwarz-gelbe Landesregierung gleich am Tage der ersten Landtags-sitzung nach der Sommerpause. Es war jedoch nicht das Wetter, das auf eine ungemütliche Zeit bis zum Jahreswechsel einstimmte, sondern der lautstarke Protest von rund 2500 Menschen, die sich nach einem Marsch durch die Kieler Innenstadt vor dem Landeshaus versammelt hatten, um gegen die beabsichtigten Kürzungsmaßnahmen zu demonstrieren. Unter den Protestlern befanden sich auch gut 600 Beschäftigte von Polizei und Justiz.

Diese hatten sich zu Beginn des Protestumzuges zu einer Kundgebung in der Innenstadt auf dem Asmus-Bremer-Platz versammelt. Hier sprach Manfred Börner für die GdP zu den Demonstrationsteilnehmern. Wie zuvor auch bei seiner Rede im Rahmen einer Personalrätekonferenz im Kieler Schloss geißelte der Stellvertretende Landesvorsitzende in einer von Ironie getragenen Rede die Kürzungspläne von CDU und FDP. „Die GdP sagte DANKE im Namen der Landespolizei und damit vor allem auch im Namen der ‚Heldinnen und Helden des Alltags‘, den Polizisten im Streifendienst“, so Manfred Börner. Die Polizei sei erst kürzlich vom Dienstherrn mit einem großen Lob bedacht worden. Als „Lohn“ für die anerkannt schwere Arbeit der Polizei und deren gute Leistung seien nun weitere Einkommenskürzungen geplant. Zum „Dank“ sei bekanntermaßen das Weihnachtsgeld bereits gestrichen oder massiv gekürzt worden. „Aber das ist ja ohnehin reiner Luxus gewesen“, so der GdP-Vertreter. Dafür gebe es jetzt ein „modernes“ Dienstrecht, das den Polizisten ermögliche, „echt“ Karriere zu machen. „Das nennt man dann aufgabengerechte Bezahlung“, so



Rund 600 Beschäftigte von Polizei und Justiz befanden sich im Demonstrationzug, der durch die Innenstadt vors Landeshaus zog.

Börner kopfschüttelnd. Nun solle es künftig für 25, 40 und sicher bald auch für 50 Jahre tolle Arbeit bei der Landespolizei eine „Lobes-Urkunde“ geben. Bei solch einer Auszeichnung verzichte man doch „gerne“ auf das bisschen Jubiläumszulage. „Ist ja eh nicht viel“ ergänzte Manfred Börner vielsagend. Da mache es auch nichts, dass bei der Polizei nun „gaaanz“ wenige Stellen gekürzt werden, auch wenn selbst der Innenminister festgestellt habe, dass die Landespolizei eigentlich ein paar Hundert mehr sein müssten. „Bei soviel ‚Anerkennung‘ sind wir natürlich alle ‚gerne‘ bereit, wie in den meisten anderen Branchen, länger zu arbeiten“, so der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende. Schließlich müsse die so genannte Gerechtigkeitslücke zur Rente mit 67 geschlossen werden. So würde damit dann ja auch gleichzeitig der Versorgungsausgleich für die besondere Altersgrenze nicht mehr benötigt, meinte Börner sarkastisch. „Weil



Der Stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Manfred Börner geißelte die Kürzungspläne der Landesregierung.

Fotos (2): Thomas Gründemann

wir unsere tolle Arbeit ja darüber hinaus auch noch länger leisten, können wir –

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

ganz nebenbei – die eingesparten ‚Antigewalttrainings‘ für jugendliche Intensivtäter locker ausgleichen. Mag ja sein, dass so manche soziale Schiefelage bei der Polizei zu mehr Arbeit führt, aber das stecken wir nach 30, 35 oder bald 40 Jahren tags und nachts auf der Straße locker weg“, ergänzt Manfred Börner. Und wer das nicht schaffe, sei eben bei der Polizei nicht mehr gut genug. „Das alles nennt man in Schleswig-Holstein Politik aus einem Guss“, so Gewerkschaftler hämisch.

Gereizte Stimmung herrschte dann auch nach dem anschließenden Marsch durch die Innenstadt bei der Protestveranstaltung vor dem Landeshaus. Während die Abgeordneten im Plenum über den Haushaltsentwurf heftig stritten und sich Regierung und Opposition einen offenen Schlagabtausch lieferten, war die

Bewertung der vor dem Landtag versammelten Menschen des Organisationsbündnisses „Gerecht geht anders“ einmütig. Alle stufen die Kürzungspläne als „Sparschweinerei“ der schwarz-gelben Regierung ein. „Die angebliche Schuldenbremse ist in erster Linie eine Sozialbremse“, schimpfte der Chef des DGB Nord, Uwe Polkaehn. Ohne die vielen Steuergeschenke wären die Streichungen gar nicht nötig. Den Abgeordneten sei offenbar nicht klar, welchen Sprengsatz die „Streich-Organie“ beinhalte: „Die Schere zwischen denen, die zu wenig haben, und denen, die nicht wissen wohin mit dem Geld, wird bald so weit auseinandergehen wie in einer Bananenrepublik.“ Angesichts des jüngsten Verfassungsgerichtsurteils sprach Polkaehn der CDU/FDP-Regierung die moralische Legitimation ab, „das Kürzungspaket gegen die Mehrheit der Wählerstimmen bei der letzten Wahl durchzupauken“. Der Protest sei erst der Anfang, so der DGB-Chef. Lautstark forderten die Demonstranten Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Vertreter der Landesregierung vor das Landeshaus. Jedoch zeigte lediglich Justizminister Emil Schmalfuß Flagge und stellte sich dem Gespräch mit den verärgerten Demonstranten. Als einziger Christdemokrat präsentierte sich Werner Kalinka an der Seite von Oppositionsführer Ralf Stegner den Protestlern.

Rund 30 Organisationen eines breiten Bündnisses aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und vielen anderen Organisationen waren dem Demonstrationenaufzug gefolgt.



Eine Form des Protests gegen die Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Polizei.



Auch die Justizbeschäftigten demonstrieren. In diesem Fall gegen die Schließung der JVA in Flensburg.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 11/2010:
Freitag, 8. Oktober 2010



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Schleswig-Holstein

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:
Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497



Rund 2500 Protestler versammelten sich vor dem Landeshaus.

Fotos (3): Thomas Gründemann



Strukturkonzept angemahnt

GdP bei Innenminister Schlie – Von Thomas Gründemann

Kiel. Das im Koalitionsvertrag verankerte Struktur- und Beförderungskonzept haben Vertreter der Gewerkschaft der Polizei anlässlich eines offiziellen Besuchs beim Innenminister angemahnt. „Während die gesetzlichen Vorlagen mit den finanziellen Verschlechterungen wie Jubiläumszulage und Ausgleichszulage, aber auch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ganz fix gingen, warten wir immer noch auf die Vorlage eines entsprechenden Konzeptes“, konstatierte der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow.

Das Struktur- und Beförderungskonzept stand ganz oben auf der Themenliste der GdP. „Die Kolleginnen und Kollegen blicken schon jetzt mit Sorge auf den 1. Januar und warten auf ein positives Signal aus dem Innenministerium. Wenn da jedoch nichts an Beförderungen kommen sollte, wird es unruhig in der Landespolizei“, warnte Oliver Malchow den Innenminister vor den Folgen eines politischen Wortbruchs. Dabei verwies der GdP-Landesvorsitzende auf die Vereinbarung des Koalitionsvertrages von CDU und FDP, wonach „Ziel die Erarbeitung von langfristig und nachhaltig wirkenden Strukturplanungen für den Polizeidienst ist“, wozu auch ein Personalkonzept gehöre, welches insbesondere den Beamtinnen und Beamten im operativen Dienst durch ein verlässliches Beförderungssystem Perspektiven eröffne und eine aufgabengerechte Entlohnung beinhalte. „Die Bedeutung gerade dieser Frage ist mir mehr als bewusst“, unterstrich Klaus Schlie im Gespräch mit den GdP-Vertretern. An den Aussagen des Koalitionsvertrages werde er sich auch messen lassen. „Das Beförderungskonzept mit den Strukturverbesserungen hat für mich derzeit oberste Priorität. Hierzu stehe ich, aber auch die Koalitionsregierung“, hob der Innenminister hervor. Seit längerem befände sich das Innenministerium deshalb bereits in engen Beratungen mit dem Finanzministerium, eine Vorlage werde in wenigen Tagen zur Beratung beim Finanzminister vorgelegt. Eine definitive Entscheidung aus dem Finanzministerium sei aber noch nicht getroffen worden. Dennoch bestätigte Schlie auf Nachfrage, dass bei der Landespolizei – wie in den vergangenen Jahren – auch zum 1. Januar 2011 ausgesprochen würden. Die Strukturverbesserungen und damit zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten könnten sich allerdings verzögern, würden dann aber zeitnah zu einem späteren Termin erfolgen.

Gegenstand des Gesprächs war ebenso die geplante Erhöhung der Lebensarbeitszeit. Dabei untermauert Oliver Malchow noch einmal die grundsätzliche Ablehnung der Erhöhung. Für den Fall, dass politisch daran festgehalten werden sollte, thematisierten Oliver Malchow und

Stundenentschädigung für Samstagsarbeit keine reale Entschädigung für die Erschwernisse. „Zu diesem Thema haben wir eine dienstliche Arbeitsgruppe eingerichtet, die neue Grundsätze für eine zeitgerechte Vereinheitlichung, Vereinfachung und mögliche Dynamisierungen erarbeiten wird“, berichtete Klaus Schlie. „Ergebnisse können wohl schon im nächsten Frühjahr vorgelegt werden“, so der Innenminister. An dem Gespräch beim Innenminister nahmen neben Minister Klaus Schlie auch Staatssekretär Volker Dornquast, der Leiter der Polizeibehörde Jörg Muhlack und der Persönliche Referent des Ministers Sylvio Arnoldi teil. Die GdP war mit Oliver Malchow,



Der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow im Gespräch mit Innenminister Klaus Schlie.

Co. auch den Verzicht auf eine pauschale zweijährige Verlängerung und – mit Blick auf besonders belastende Dienstformen wie den Schichtdienst – alternativ eine differenzierte Verfahrensweise. Hierzu machte Klaus Schlie den anwesenden GdP-Vertretern wenig Hoffnung. „Wir neigen tendenziell dazu, bei der generellen Verlängerung bis 62 zu bleiben“, so der Innenminister, inhaltlich gestützt vom Leiter der Polizeibehörde Jörg Muhlack. Gesprächsbereiter zeigte sich der Innenminister bei den Erschwerniszulagen. „Die Entschädigungssätze haben seit 1995 keine Weiterentwicklung, keine Dynamisierung und keine Neufestsetzung erfahren. Hier passt vieles nicht mehr zusammen“, erläuterte der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kropius. So seien beispielsweise 77 Cent

Andreas Kropius, Thomas Gründemann und Karl-Hermann Rehr vertreten.

Erörtert wurden zudem Fragen rund um die Polizeiorganisation und -Ausbildung genauso wie die Abschaffung des Richtervorbehalts bei der Entnahme von Blutproben, aber auch die vielfältigen Probleme im Zusammenhang mit der Unterbringung von ehemals sicherheitsverwahrten und rückfallgefährdeten Tätern. Wie Klaus Schlie ankündigte, seien die letzten beiden Themen und damit verbunden die Möglichkeiten einer norddeutschen Zusammenarbeit auf seine Veranlassung hin auf die Tagesordnung der Konferenz der Innenminister und -senatoren der norddeutschen Küstenländer (Nord-IMK) Ende September in Kiel gesetzt worden (das DP-Landesjournal wird in der nächsten Ausgabe berichten).



Wir gratulieren

zur bestandenen Laufbahnprüfung und zur Ernennung zum Justizobersekretär z. A.

André Garnies, Andreas Henke, Michael Rathgeber, Denis Schmauser, Viktor Wegner, RG Justizvollzug

zur Lebenszeitanstellung

Nicole Heßing, Oktawian Koszowski, Sönke Nagel, RG Segeberg; René Spengler, RG Justizvollzug

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Roland Gogolok, Hans-Dieter Rogowski, Herbert Scheel, Rüdiger Witt, Heinz-Bruno Wunsch, Peter Ziegler, RG Kiel-Plön; Rudolf Brandt, RG Lauenburg-Stormarn; Holger Dabelstein, Heinz-Otto Liske, Volker Prahl, RG Lübeck-Ostholstein; Karl-Georg Brandt, Hans-Otto Greve, Günter Herrmann, Bernhard Lorenzen, Hinrich Nehmtow, Ernst-Andreas Petersen, RG Schleswig-Flensburg; Hans-Willy Christiansen, Ernst Gawlich, Uwe Jansen, Rolf Kläschen, Eberhard Rehse, Heinrich Silberbach, Peter Taube, RG Schleswig-Holstein Mitte; Carsten-Peter Beck, Norbert Hansen, Klaus-Dieter Noreiks, Michael Rohde, Bernd Stange, Henning Storm, Ernst-Günther Witthinrich, RG Steinburg-Dithmarschen

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Kerstin Grenz, RG Kiel-Plön; Lars Christoph, Jörg Konkat, Thomas Schul-

zen, RG Lauenburg-Stormarn; Holger Samsel, RG Lübeck-Ostholstein; Jörg Brodersen, Wulf-Hinrik Hand, Timo Hansen, Christian Wiege, RG Schleswig-Flensburg; Esther Fandrey, Peter Folster, Ingo Kraack, Frank Pietrzik, Oliver Schwee, RG Schleswig-Holstein Mitte

zur Silberhochzeit

Michael Zepernick und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg

zur Vermählung

Verena Matte geb. Giessel und Ehemann, RG AFB; Mathias Nagel und Ehefrau, RG Schleswig-Flensburg; Oliver Ketelsen und Ehefrau, RG Segeberg; Walter Kolberg und Ehefrau Andrea geb. Schramm, Karsten Schönfeldt und Ehefrau, Stefanie Stanzel geb. Jolitz und Ehemann, RG Justizvollzug

In den Ruhestand traten

Heinz Fritzler, Uwe Seelig, RG Kiel-Plön; Hans-Detlef Brodersen, RG Nordfriesland; Ronald Schmidt, RG Schleswig-Flensburg; Eberhard Rehse, RG Schleswig-Holstein Mitte; Bernd Janus, Rüdiger Meyer, RG Justizvollzug

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

Einladung!

Kiel-Plön

Skat- und Knobelabend am **Freitag, 19. November 2010, 18.00 Uhr, Restaurant & Café CLUBHAUS TANNENBERG**, Projensdorfer Straße 251, Kiel, Tel.: 04 31/ 33 48 03. Es besteht die Möglichkeit, ab 18.00 Uhr im Restaurant Abendessen einzunehmen. Die Spiele starten gegen 19.00 Uhr. Einsatz für GdP-Mitglieder 5,00 €, Nichtmitglieder 7,00 €. Meldungen bitte an den Kollegen Michael Tietgen, PBR Kiel, Tel.: 1 60 15 11, E-Mail: Michael.Tietgen@poli.zei.landsh.de, oder Michael Strauß, 1. PR Kiel, Tel.: 1 60 11 28, E-Mail: Michael.Strauss@polizei.landsh.de.

Seniorenkaffee am **Montag, 29. November 2010, 15.00 Uhr**, in der Gaststätte **CLUBHAUS TANNENBERG**, Projensdorfer Straße 251, Kiel.

Schleswig-Flensburg

Herzliche Einladung an alle GdP-Senioren Flensburg zu einer *gemütlichen Gesprächsrunde bei Kaffee und Kuchen* am **Dienstag, 9. November 2010, 15.00 Uhr**, im *Offizierskasino Marineschule Meierwik*. Anmeldungen bitte bis zum 1. November 2010 an Günter Krappitz, Tel.: 04 61/3 63 66 oder E-Mail: christ1@foni.net.

Schleswig-Holstein Mitte

Stammtisch für junge und junggebliebene Pensionäre und diejenigen, die kurz vor Eintritt des Ruhestandes stehen, am **Mittwoch, 27. Oktober 2010, 16.30 Uhr**, im *TIME OUT, Stettiner Straße 29, 24537 Neumünster*. Der 1. Stammtisch hat nur sich selbst als Thema, zukünftig könnte über Themen wie Beihilfe, Versorgung, Rente und Krankenkasse gesprochen werden. Voranmeldungen sind nicht erforderlich!

„Wirtschaft – Internet – Kriminalität“

7. Kriminalpolitische Fachtagung in Kiel

Zum **7. Mal** organisiert die **Gewerkschaft der Polizei** eine **Kriminalpolitische Fachtagung**. Ihr Titel lautet **„Wirtschaft – Internet – Kriminalität“** und findet am **2. November 2010 in Kiel, Haus des Sports**, statt.

Zu dieser Tagung haben bisher zugesagt sowohl Innenminister **Klaus Schlie** als auch der Präsident des Bundeskriminalamtes, Herr **Jörg Zierke**, der Landesbeauftragte für den Datenschutz, Herr **Dr. Thilo Weichert**, und eine Reihe weiterer Persönlichkeiten. Für die abschließende Gesprächsrunde hat freundlicherweise **Hans-Martin Burr**, **Chefredakteur von Computer Bild**, zugesagt. Die Tagung richtet sich an 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Datenschutz und Strafverfolgung. Interessenten können sich im Fall noch freier Plätze an Gerda Schumann, Telefon: 04 31/1 70 91, wenden.



Hamm: Gespräch war sehr hilfreich

Landespolizeidirektor im Gespräch mit Chefs der Regionalleitstellen – Von Thomas Gründemann

Kiel/tgr – Zu einem intensiven Informations- und Gedankenaustausch kamen die Leiter der vier Regionalleitstellen mit Landespolizeidirektor Burkhard Hamm zusammen. Anlass der Zusammenkunft, zu der Hamm eingeladen hatte, war eine „Bestandsaufnahme“ der derzeitigen Situation auf den Regionalleitstellen in Harrislee und Elmshorn sowie der Entwicklungsstand der Regionalleitstellen in Kiel und Lübeck.

„Die Regionalleitstellen sind Dreh- und Angelpunkt der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung und müssen funktionieren. Deshalb sind in diesem Bereich auch entsprechende Prioritäten zu setzen“, stellte der Landespolizeidirektor im Gespräch mit Jürgen Green (Kiel), Reinhard Becker (Harrislee), Jens Jacobsen (Elmshorn) und Helmut Pohlmann (Lübeck) fest. Joachim Gutt und Jürgen Hoppe (beide LPA 1) sowie der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow ergänzten die Gesprächsrunde.

In dem knapp zweistündigen Austausch monierten die Leitstellen-Praktiker eine Häufung technischer Fehler und daraus resultierende vielfältige Belastungen in der Dienstverrichtung. Beanstandet wurden zudem auch ein fehlendes professionelles Fehlermanagement sowie Probleme bei der Erreichbarkeit und Abrufbarkeit von Mitarbeitern/Technikern von „eurofunk“* sowie ein Mangel an Geodaten (Kartografie). Diese Mängel kosteten im alltäglichen Dienstbetrieb auf der Regionalleitstelle wertvolle Zeit, Arbeitskraft und Energie. „Deshalb können wir auch den Anforderungen der Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen und im Streifendienst in der Fläche nicht im notwendigen Maße gerecht werden“, so die Rückmeldung der Regionalleitstellen-Chefs. Dies führe zu Unzufriedenheit und belaste zusehends auch die Gesprächs-Atmosphäre und das Miteinander. „Wir hätten vorsorglich mit mehr Personal starten müssen, aber wir sind seinerzeit davon ausgegangen, dass die Technik funktionieren würde,“ berichtete Jens Jacobsen von der Regionalleitstelle Elmshorn. Nachdem die ersten vierzehn Tage auch in technischer Hinsicht positiv verlaufen seien, hätten sich die Probleme jedoch eingestellt. Sogar die „gewöhnli-



Sie erörterten die gegenwärtige Situation um die Regionalleitstellen: Landespolizeidirektor Burkhard Hamm, Jürgen Green, Jens Jacobsen, Reinhard Becker, Helmut Pohlmann und der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow.

che“ Kommunikationstechnik sei zeitweise zusammengebrochen, Funk und Telefonie hätten nicht funktioniert, berichtete Jens Jacobsen. „Wir müssen aufpassen, dass aufgrund der technischen Probleme nicht die Moral unserer Kolleginnen und Kollegen kaputt geht“, so Jacobsen. Gemeinsam mit Becker wies er darauf hin, dass die Berichte und Diskussionen um die Regionalleitstellen das Interesse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an einer Tätigkeit auf der Regionalleitstelle minimiert hätten.

Die Technik-Defizite und ihre Auswirkungen seien zunächst einmal lediglich durch genügend „man-power“ abzufedern, so die vier Regionalleitstellen-Chefs gegenüber dem Landespolizeidirektor.

Dieser zeigte Verständnis für die Nöte der Regionalleitstellen-Chefs und bestätigte deren Bewertung: „Die hochmoderne Technik hat bei den Beschäftigten und uns allen eine große Erwartungshaltung auf eine Verbesserung der Situation geweckt, die leider noch nicht in Gänze eingetreten ist“.

Die Abhängigkeit zu den technischen Dienstleistern wie Telekom und eurofunk Kappacher sei ein weiteres Problem. So würden technische Fehler beim Funk oder Telefonie häufig kaum auszumachen sein. Er wisse und Sorge sich insbesondere um die erheblichen psychischen und physischen Belastungen, denen die Mitarbeiter auf den Regionalleitstellen auch wegen der „Startprobleme“ ausgesetzt seien.

„Ich habe aber auch die große Sorge, dass aufgrund der vielfältigen Probleme ir-

gendwann einmal Einsätze schiefgehen. Das wäre der GAU,“ war sich Burkhard Hamm mit den anwesenden Regionalleitstellen-Chefs einig.

„Deshalb müssen wir uns auf Grundfunktionalitäten der Regionalleitstellen, nämlich den Funk und die Telefonie, konzentrieren“, so Hamm weiter.

Dafür müssten unter anderem die bestehenden Kommunikationsprobleme zwischen den für die Technik und die Taktik Verantwortlichen beseitigt beziehungsweise minimiert werden. Jedoch stoße man zudem auch an bindende normative Grenzen wie Vertragslagen und rechtliche Verpflichtungen. Darüber hinaus bestimmten z. B. bei LPA 2 auch die schon seit langem bestehenden personelle Ressourcenprobleme die Situation mit. Oliver Malchow regte an, dass die Betroffenen im Zusammenhang mit den Regionalleitstellen zusammenkommen müssten, um gemeinsam Probleme und Defizite zu benennen und

*eurofunk Kappacher

Die eurofunk Kappacher GmbH ist vorwiegend als Systemlieferant für Kommunikationstechnik tätig. Der Schwerpunkt liegt auf der Planung und Errichtung von Einsatzzentralen und der Entwicklung von Systemlösungen für Feuerwehr, Exekutive, Rettungsdienste, Industrie und Gewerbe. Die Stärken liegen in den Bereichen Integrierte Leitstellentechnik, Telekommunikation, Hard- und Software-Entwicklung, Funksysteme sowie Audio-/Video-Technik.

Fortsetzung auf Seite 6



REGIONALLEITSTELLEN

Fortsetzung von Seite 5

zu beseitigen. „In diesem Bereich muss es eine Struktur geben,“ so Malchow.

Und auch PD Hoppe bestätigte, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf den Regionalleitstellen taktisch hervorragend arbeiteten. Folglich sei es notwendig, die Probleme in den jeweiligen Bereichen im Rahmen der anstehenden Evaluierung zu ermitteln und zu beseitigen. Die Berechnungen der 2002 erstellten und für die Personalberechnung zugrunde gelegten Machbarkeitsstudie hätten nach wie vor Bestand, böten jedoch lediglich eine abstrakt-theoretische Basis, so Jürgen Hoppe.

Und auch Burkhard Hamm stellte die Bedeutung einer Evaluierung heraus; und dies nicht nur zu Fragen der Personalausstattung. Die Ergebnisse seien mit den Behörden zu kommunizieren, die Rolle der Regionalleitstellen müsse entsprechend definiert und Standards entwickelt werden, so der Landespolizeidirektor.

Nach Auffassung von Hamm müsse sich auf die Frage konzentriert werden, was getan werden könne, um die technische Lücke zu kompensieren. „Ich stehe dazu, im Bedarfsfall auch Personal für die Regio-

nalleitstellen nachzusteuern. Dies ist aber ein schwieriges Unterfangen unter unseren bestehenden Personalproblemen“, sagte der Landespolizeidirektor. Deshalb habe er den Direktionsleitern zugiebilligt, die Regionalleitstellen für die Startphase behördenintern angemessen zu verstärken, um bestehende Probleme in den Griff zu bekommen.

„Bringen Sie den Behördenleitern und uns Vertrauen entgegen, wenn wir für die Regionalleitstellen Personalbedarf anmelden“, appellierte Jürgen Green. Die Regionalleitstelle Kiel werde für den Start mit zusätzlichem Personal unterstützt, das sei beruhigend.

„Die Polizei braucht Reserven! Wir waren im LPA nicht richtig davor, als es um die Bemessung einer notwendigen Personalausstattung der Regionalleitstellen gegangen ist“, räumte Joachim Gutt ein. Bei aller Diskussion dürfe aber auch nicht vergessen werden, dass es im Zusammenhang mit den Regionalleitstellen auch durchaus positive Rückmeldungen geben würde, die nicht aus den Augen verloren werden dürften. „Wenn Routine und Technik sich eingespielt haben sowie mit dem nötigen Manpower werden wir in einen sicheren

Status kommen“, zeigte sich der Leitende Polizeidirektor zuversichtlich.

Am Ende des Austauschs zog der Landespolizeidirektor ein positives Fazit. Die Bevölkerung habe einen berechtigten Anspruch, dass die Regionalleitstellen so schnell wie möglich funktionierten. „Deshalb war das heutige Gespräch mir auch sehr hilfreich“, konstatierte Burkhard Hamm zufrieden. Der Landespolizeidirektor kündigte an, das Gespräch mit den Chefs der Regionalleitstellen turnusmäßig mindestens alle sechs Wochen fortzusetzen. Wenige Tage nach dem Gespräch beim Landespolizeidirektor ging nach Harslee und Elmshorn in der Landeshauptstadt die dritte Regionalleitstelle offiziell ans Netz. Seither laufen die Notrufe aus Kiel und Neumünster sowie den Kreisen Plön und Rendsburg-Eckernförde künftig in der Wilhelminenstraße auf. Der Zuständigkeitsbereich von „Ostwind“ umfasst eine Fläche von 3500 Quadratkilometern. Und der Start verlief nach Angaben von Jürgen Green störungslos. „Es läuft bislang alles gut, das macht Mut“, freute sich der Chef der Kieler Regionalleitstelle.

Thomas Gründemann

JUSTIZVOLLZUG

Ernennungen durch Staatssekretär

Am 27. August 2010 war es soweit – für 16 Justizobersekretäranwärter/-innen hatte die zweijährige Ausbildungszeit ein Ende. In der Justizvollzugsschule Neumünster überreichte Justizstaatssekretär Michael Dölp den dreizehn Männern und drei Frauen im Beisein ihrer Familien und Freunde die Ernennungsurkunden. Sie werden künftig in Schleswig, Neumünster, Kiel, Flensburg und Itzehoe ihren Dienst versehen.

Nach der Begrüßung durch den Leiter der Vollzugsschule, Jens Gutttau dankte dieser zunächst den Lehrkräften, Ausbildern sowie den Bediensteten der Justizvollzugsschule Neumünster, die sich mit großem Engagement in der Zeit der Ausbildung für einen qualifizierten Nachwuchs eingesetzt haben.

Staatssekretär Dölp ging anschließend in seiner Rede auf das Berufsbild des AVD und den nicht einfachen Umgang mit den Gefangenen ein. Die tägliche Arbeit verlangt viel Professionalität. Es geht bei der Vermittlung von beruflichen Kom-

petenzen darum, sowohl dem Anliegen der Resozialisierung als auch dem Aspekt der Sicherheit Rechnung zu tragen.

Ein gelingender Justizvollzug ist daher nur mit gut ausgebildetem und motiviertem Vollzugspersonal umsetzbar. Wichtigster Faktor der Ausbildung ist dafür Sorge zu tragen, dass die Bediensteten gut auf ihre künftige Aufgabe vorbereitet werden. Die Bediensteten müssen sich später mit den Belangen der Inhaftierten intensiv auseinandersetzen und zugleich die notwendige Distanz bewahren. Das heißt, sie arbeiten in einem anspruchsvollen Spannungsfeld. „Wir bilden keine Wärter oder Schließer aus, sondern qualifizierte Vollzugsbedienstete“, so Dölp abschließend. Mit einem der besten Ergebnisse der letzten Jahre wurde erneut ein GDP-

Kollege Lehrgangsbester. Dafür wurde Viktor Wegner aus der Jugendanstalt Schleswig durch Staatssekretär Dölp mit einem WM-Fußball ausgezeichnet (Foto). Wie bereits in den Jahren zuvor wurde der erfolgreiche Abschluss der Ausbildung für die in der GDP organisierten Kollegen/-innen auch diesmal wieder mit einem Reisegutschein über 100 Euro, einzulösen bei PSW-Reisen in Kiel oder Lübeck, prämiert.





Indonesische Vielfalt

17-Tage Erlebnisreise vom 16. Mai bis zum 02. Juni 2011

Vielfältige Landschaften, quirlige Metropolen, zahlreiche kulturelle Highlights und die Liebenswürdigkeit der Menschen: All das erwartet Sie auf dieser ausführlichen Reise durch die faszinierenden Länder Indonesiens.

- Zwei Inseln, viele Kulturen und fantastische Landschaften
- Gewürze, Handwerkskunst und Nationalparks
- Attraktive Badeverlängerung auf Bali

Unterbringung im
Doppelzimmer p. P. ab
€ 2.730,-*



PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

**Weitere Informationen
und Anmeldungen**

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

Inkludierte Leistungen, Rundreise:

- Singapore Airlines-Linienflüge von Frankfurt über Singapur nach Medan und zurück von Denpasar über Singapur nach Frankfurt in der Economy-Class, 20 kg Freigepäck
- Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand Februar 2010)
- Transfers, Ausflüge und Rundreise in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- 11 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 11 x Frühstück, 11 x Abendessen

Badeaufenthalt:

- Flug und Transfer nach/auf Bali
- 5 Nächte im 4-Sterne-Hotel Puri Santrian im Doppel-Beach-Wing-Room
- Frühstück

Ihr Gebeco Mehr-Wert

- Exklusive Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Bootsfahrt auf dem Toba-See
- Besuch der Orang-Utan-Auswilderungsstation Bohorok
- Besichtigung des Borobudur und des Prambanan Tempel
- Sonnenaufgang auf dem Mount Bromo
- Eintrittsgelder
- Ausführliches Gebeco-Infopaket mit Reiseliteratur
- Teilnehmerzahl mindestens 16 Personen

Erlebnisreise ab / bis Frankfurt	pro Pers. ab
Unterbringung im Doppelzimmer	2.730,- Euro*
Einzelzimmerzuschlag	+ 620,- Euro

* zuzüglich 50,- Euro Luftverkehrssteuer

Veranstalter: Gebeco GmbH & Co KG, Holzkoppelweg 18, 24118 Kiel / **Hinweis:** Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

www.psw-tours.de



Ostern 2011 in Lissabon

5-tägige Städtereise ab / bis Hamburg zu verschiedenen Terminen** im April 2011

Entdecken Sie Portugal, die alte Seehandelsmacht im äußersten Südwesten Europas: Lissabon, an der breiten Tejomündung, liegt dort „wo das Land endet und das Meer beginnt“. Durchstreifen Sie die Altstadt mit kleinen Gassen, die steilen Hügel, die auch von alten Trambahnen oder Jugendstilaufzügen erklimmt werden und die prächtigen Avenidas und Plätze. In der Umgebung erwartet Sie das romantische Sintra.

Ihr Hotel: Hotel Real Parque (4-Sterne-Kategorie) o. ä. Komfortables, zentrales Mittelklassehotel nahe dem Park Eduardo VII unweit der Metro Station São Sebastião. Das Hotel verfügt über Restaurant, Bar, Sauna, Massage, Lift. Die 153 komfortablen Zimmer sind mit Bad oder Dusche/WC, Föhn, SAT-TV, Mini-bar, Klimaanlage und Safe ausgestattet.

**** Unsere Termine 2011:** 21.04. bis 25.04. / 23.04. bis 27.04. sowie 25.04. bis 29.04.

Eingeschlossene Leistungen:

- Flug mit Air Berlin ab / bis Hamburg über Palma nach Lissabon und zurück
- Flughafensteuer, Lande- und Sicherheitsgebühren
- ÖPNV-Coupon (An- und Abreise zum / vom Flughafen innerhalb der Verkehrsverbände)
- Transfers
- 4 Nächte im Hotel der gehobenen Mittelklasse
- Frühstücksbuffet
- örtliche, deutschsprachige Reiseleitung
- Informationsmaterial und Reiseführer
- PSW-Reisebegleitung
- Insolvenzversicherung

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer	535,- Euro*
Im Einzelzimmer	665,- Euro*
Ausflugspaket (fakultativ)	135,- Euro

* zuzüglich 9,- Euro Luftverkehrssteuer

Allgemeine Hinweise: Mindestteilnehmerzahl 30 Personen pro Termin. Veranstalter: DERTOUR GmbH, 60424 Frankfurt/M. Es gelten die Reisebedingungen von Dertour. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

**Weitere Informationen
und Anmeldungen**

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Und was sonst noch so war ...

6. August

Der GdP-Bundesvorstand berichtet uns heute über die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem DFB. Dabei wird auch bekannt, dass in der Bundesliga zurzeit 3600 Stadionverbote ausgesprochen sind. Die Zahl variiere, weil sie regelmäßig neu ausgesprochen werden oder auslaufen. Hauptursachen für die Verbote seien gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei oder ganz einfach Randalen. Als Höchstdauer für ein bundesweites Stadionverbot werden drei Jahre angegeben. Der DFB hat sich dazu Richtlinien zur einheitlichen Behandlung von Stadionverboten gegeben.

7. August

Eine ganz besondere Presseinformation des Innenministeriums liegt heute in unserem Briefkasten. Der Pressesprecher des Innenministerium hat sich offensichtlich über einen Journalisten der Lübecker Nachrichten derart geärgert, dass er eine „Korrektur“ einer LN-Meldung mit folgenden Worten garniert: „Da die LN der Bitte der Polizeidirektion Lübeck um Korrektur in ihrer heutigen Ausgabe nicht nachgekommen sind, übernimmt das Innenministerium die journalistische Sorgfaltspflicht einer wahrhaftigen Berichterstattung.“ Ein Ergebnis, das für sich selbst spricht: Keine Zeitung hat diese Presseerklärung abgedruckt.

9. August

Schützenhilfe für die GdP? Landgerichtspräsident Dr. Willandsen wendet sich in einem Schreiben an Ministerpräsident Carstensen und fordert die Landesregierung auf, von der Schließung der JVA Flensburg abzusehen. Sie sei, so Willandsen, für eine geordnete und sichere Durchführung der Hauptverfahren im Landgericht Flensburg geboten. Gleichzeitig erwähnt er die durch die Schließung hervorgerufenen Kosten, die durch die erheblich steigenden Gefangenentransporte entstehen. Der Jurist fragt indirekt an, ob der Landgerichtsstandort Flensburg politisch in Frage gestellt werde.

10. August

Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Zwei von vielen Themen, die im Gremium diskutiert werden: Zum einen geht es um einen Antrag des Landesfachausschusses Kriminalpolizei und der Regionalgruppe AFB. Hier fordern

beide GdP-Institutionen eine Überarbeitung des Hauptpraktikums für Anwärterinnen und Anwärter der Schutzpolizei. Sie sollen als fester Bestandteil ein Praktikum bei der Kriminalpolizei absolvieren, damit auch sie wissen, wie sich Arbeitsabläufe und Vorgehensweisen bei der Kriminalpolizei gestalten. Ein zweites Thema sind notwendige Baumaßnahmen der Landespolizei. Stichworte, die an diesem Nachmittag diskutiert werden, sind das Polizeiautobahnrevier Scharbeutz, aber auch die Situation um das Dienstgebäude in der Kieler Blumenstraße. Hier wird es weitere Gespräche geben.

11. August

Heute wird ein Haushaltsführungserlass der Polizeiabteilung aus dem Innenministerium bekannt. Darin ist unter anderem zu lesen: „Eine finanzielle Vergütung von Mehrarbeitsstunden wird im Beamtenbereich weiter nicht gewährt.“ Woanders heißt es: „Den Anträgen auf Ausnahme der Wirkung der besonderen Altersgrenze von 60 Jahren im Polizeivollzugsdienst (Verlängerung der Lebensarbeitszeit um ein oder zwei Jahre) wird bis auf weiteres grundsätzlich nicht zugestimmt, da Nachwuchspersonal in ausreichender Anzahl zeitgerecht eingestellt worden ist.“ Der letzte Punkt in dem Erlass weist folgende Regelung aus: „Tauschpartnerregelungen mit Übernahmen von Beamten mit statusgleichen bzw. mit möglichst gleichen Besoldungsgruppen von anderen Dienstherren werden ermöglicht.“

13. August

Eine dpa-Meldung von heute weckt unser Interesse: Polizisten in Mecklenburg-Vorpommern bleiben immer häufiger wegen Krankheit dem Dienst fern. 2009 waren im Nachbarland 147 000 Fehltag registriert. Das waren 30 000 mehr als 2006. Laut NDR wird die steigende Anzahl von Krankmeldungen unter anderem mit dem wachsenden Durchschnittsalter der Beamten erklärt.

18. August

Im Posteingang heute ein Schreiben von Apollo-Optik. Mit dem deutschlandweit arbeitenden Brillenhändler hatte die GdP einen Kooperationsvertrag. Apollo kündigt diesen heute auf und schreibt, dass man sich vom Hause Apollo aus auf wenige Kernpartner konzentrieren wol-

le. Schade. Denn es war eine angenehme Partnerschaft.

20. August

Frank Poster, der Seniorengruppenvorsitzende, erhielt einige Anrufe und Mails mit Beschwerden über unzumutbare Bearbeitungszeiten in der Beihilfe. Er fragte daraufhin landesweit die Situation ab. Das Ergebnis war recht unterschiedlich – es ging von prompter Bearbeitung bis hin zu wochenlangem Warten. Poster rief daraufhin den Leiter des Finanzverwaltungsamtes Milkereit an und trug die Situation vor. Milkereit seinerseits bat um Verständnis, Urlaubszeit und Personalkürzungen machten auch seiner Behörde zu schaffen. Poster wies darauf hin, dass es hier aber um das Geld der Beihilfeberechtigten gehe und mahnte eine schnellere Bearbeitung an.

23. August

Der ehemalige Landespolizeidirektor Bernd Woesner ist tot. Die Nachricht über sein Ableben kommt aus Schweden, wo er sich zuletzt überwiegend aufhielt. Woesner wurde 69 Jahre alt. Wie man hört, ist er während einer Fahrradtour gestorben. Genaue Umstände sind jedoch nicht bekannt. Woesners Lebensmittelpunkt war seit einigen Jahren nicht mehr Schleswig-Holstein.

25. August

Eigentlich war für heute Morgen um 9.00 Uhr ein Termin beim Verwaltungsgericht in Schleswig eingetragen. Es ging in diesem anstehenden Verfahren um die Kostentragungspflicht des Landespolizeiamtes bei erfolgreichen Beurteilungsverfahren. Ursprünglich hatte das Land seine Ablehnung auf Übernahme der entstandenen Anwaltskosten damit begründet, dass kein Beurteilungsgespräch durchgeführt wurde, sondern gleich der Verwaltungsstreitweg über das Widerspruchsverfahren eingeschlagen wurde. Unmittelbar vor Prozessbeginn teilte das Landespolizeiamt dem Gericht mit, dass die Kosten in dem strittigen Verfahren übernommen werden. Der Richter hob daraufhin den Verhandlungstermin auf.

